

Bericht über die Entwicklung in POLEN

März 1961

I. <u>Politische Ereignisse</u>	<u>Seite:</u> 1
1) CHRUSCHTSCHOWs neuer Botschafter in Warschau	1
2) GOMULKAs Vertreter vor albanischen Kommunisten	4
II. <u>Wirtschaft</u>	6
1) Ergebnisse des Jahres 1961	6
2) Erfüllung des abgeschlossenen Fünfjahresplanes	10
3) Umriss des kommenden Fünfjahresplanes	13
4) Einige Probleme des Außenhandels	14
III. <u>Kulturelle und soziale Probleme</u>	16
1) Westliche Wojewodschaften leiden an Intelligenzmangel	16
2) Schulen ersetzen Denkmäler	17

.....

I. Politische Ereignisse

1) CHRUSCHTSCHOWs neuer Botschafter in Warschau

Nach etwa dreijährigem Aufenthalt in Warschau wurde der sowjetische Botschafter Piotr ABRASIMOW nach Moskau zurückberufen. Zu dem von ihm gegebenen Abschiedsempfang erschien die gesamte Elite des Regimes, so GOMULKA, CYRANKIEWICZ, KLISZKO, RAPACKI, SPYCHALSKI, ZAMBROWSKI sowie ZAWADZKI vom Politbüro und die stellvertretenden Ministerpräsidenten Ignar, JAROSZEWICZ, NOWAK, SZYR und TOKARSKI als Regierungsvertreter. Von den wichtigsten Männern im Staate fehlte nur Edward OCHAB, der bei solchen Anlässen meistens fernbleibt, weil sein Gesundheitszustand schlecht ist und seine Kenntnisse der russischen Sprache recht mangelhaft sind.

OCHAB, der in Krakau geboren ist spricht fließend deutsch, aber russisch zu lernen brachte er nie fertig. Da diese Tatsache nur wenigen bekannt ist, gab es oft falsche Vermutungen, wenn man OCHAB bei gesellschaftlichen Zusammenkünften mit Vertretern der Sowjetunion nicht sah. Eine Zeitlang grollte ihm CHRUSCHTSCHOW, weil OCHAB derjenige war, der durch seinen freiwilligen Rücktritt GOMULKA den Weg zur Macht frei machte. Inzwischen haben sich die beiden Parteichefs längst vertragen und auch OCHAB steht bei den Sowjets nicht mehr auf der schwarzen Liste..

Die Ehre, die die Männer der polnischen Regierungs- und Parteiführung dem scheidenden sowjetischen Botschafter durch ihr Erscheinen erwiesen, galt weniger der Person ABRASIMOWs als dem mächtigen Verbündeten, den er vertrat. Vor dem polnischen Oktober war die Position eines sowjetischen Botschafters in Polen der eines Statthalters ähnlich. STALIN machte sich selten die Mühe, sich direkt an BIERUT zu wenden, wenn er irgendwelche Befehle für polnische Kommunisten hatte. Der sowjetische Botschafter zitierte oft die höchsten polnischen Funktionäre zu einem Befehlsempfang. Über den Kopf des damaligen Parteichefs BIERUT und des Ministerpräsidenten CYRANKIEWICZ hinweg wandten sich die sowjetischen Botschafter an einzelne Politbüro- und ZK-Mitglieder oder Minister, verlangten Auskünfte und Berichte, erteilten Verwarnungen oder Lob.

Unter GOMULKA hat sich diese Situation radikal geändert. Nicht nur das gestärkte Selbstbewußtsein der polnischen Kommunisten trug dazu bei, sondern auch die Tatsache, daß CHRUSCHTSCHOW im Gegensatz zu STALIN innerhalb des Ostblocks "Gipfelpolitik" trieb und auf direkte Kontakte mit einzelnen Führern der Satellitenparteien größten Wert legte.

Unter CHRUSCHTSCHOW ist der Posten eines Botschafters in einem anderen kommunistischen Lande in den meisten Fällen unbedeutend geworden. Das gilt auch für Polen. Wenn man die polnischen Diplomaten unter die Lupe nimmt, so wird man zu dem Ergebnis kommen, daß alle bedeutenden Köpfe die Posten in den westlichen Ländern innehaben. Zu solchen hervorragenden Diplomaten gehört beispielsweise der polnische Botschafter in Paris, Stanislaw GAJEWSKI, der frühere Botschafter bei der UNO, Jerzy MICHALOWSKI. In London, Rom und skandinavischen Hauptstädten sitzen als Vertreter Polens ausgezeichnete Männer. Aber wenn man nach den Hauptstädten des Ostblocks schaut, wird man feststellen müssen, daß Warschau dort meistens nicht durch Männer der zweiten, sondern schon der dritten Garnitur vertreten ist. Das gilt für Ostberlin und alle Balkanhauptstädte, und das gilt vor allem für China, wo RAPACKI einen so schwachen Mann hinschickte, daß es fast wie ein Affront gegenüber den Chinesen aussieht. Die einzige Ausnahme ist vielleicht Prag, wo das ehemalige Politbüromitglied Franciszek MAZUR sitzt, der als Stalinist aus Warschau abgeschoben wurde. GOMULKA pflegt seine Feinde, zumal wenn es sich um qualifizierte Köpfe handelt, nicht zu demütigen oder so kaltzustellen, daß sie dem Staat nicht mehr nutzen.

Als ABRASIMOW nach Warschau kam, hatten sich die Beziehungen zwischen GOMULKA und CHRUSCHTSCHOW schon normalisiert und man sah in ihm den ersten "normalen" sowjetischen Botschafter in Polen. Diese Erwartungen erfüllte ABRASIMOW im großen und ganzen und hielt sich im allgemeinen zurück. Seine Funktion war fast ausschließlich rein repräsentativer Natur, die wichtigen Drähte zwischen Moskau und Warschau wurden direkt zwischen GOMULKA und CHRUSCHTSCHOW gezogen. Auf dem politischen Gebiete hatte er wenig Spielraum und konzentrierte seine Aktivität auf den kulturellen Sektor. Als er sich einmal im Herbst 1959 einfallen ließ, sich kritisch über die Kulturpolitik der PZPR zu äußern, erntete er die abweisende Bemerkung GOMULKAS: "Das geht ihm gar nichts an".

Im Allgemeinen blieben aber die Beziehungen zwischen ABRASIMOW und der Regime-Spitze ungetrübt und er hinterläßt keine bösen Erinnerungen in Warschau. Als er wenige Tage nach dem glanzvollen Empfang in seiner Botschaft Polens Hauptstadt verließ, verabschiedeten ihn am Bahnhof nur zweitrangige polnische Funktionäre. Er ging wie er kam: Als bedeutungsloser Mann. Hingegen erschien zwei Wochen später beim Empfang seines Nachfolgers Awjerkij ARISTOW in Warschau auch Polens zweiter Mann, Zenon KLISZKO.

Es ist schwer zu sagen, was eigentlich CHRUSCHTSCHOW bewog, einen so prominenten Mann nach Warschau zu schicken. Die Kommentare der westlichen Presse variierten zwischen zwei entgegengesetzten Vermutungen: Die einen glaubten, ARISTOW wurde in die Verbannung geschickt, wie etwa PERWUCHIN nach Pankow, die anderen wollten wieder wissen, daß ARISTOW in der Rolle des "großen Aufpassers" komme, der den eigenwilligsten aller Satelliten bei der Stange halten soll.

Diese zweite Vermutung klingt wenig überzeugend. Alle Beobachter der polnisch-sowjetischen Beziehungen sind sich darüber einig, daß augenblicklich das Verhältnis zwischen GOMULKA und CHRUSCHTSCHOW so gut ist wie nie zuvor. CHRUSCHTSCHOW weiß, wie empfindlich GOMULKA ist, und wie sehr er sich herabgesetzt fühlen würde, wenn ARISTOW die Rolle eines Vermittlers zwischen ihm und CHRUSCHTSCHOW spielen sollte. CHRUSCHTSCHOW würde in diesem Falle riskieren, daß er die sowjetisch-polnischen Beziehungen verdürbe und es ist keineswegs so, daß nur GOMULKA an einem guten Verhältnis zu CHRUSCHTSCHOW interessiert ist, sondern auch umgekehrt.

Am 18. Februar überreichte AR-ISTOW dem polnischen Staatsoberhaupt, Aleksander ZAWADZKI sein Beglaubigungsschreiben. Was er selbst bei dieser Gelegenheit sagte und was er von ZAWADZKI als Antwort zu hören bekam, ließ sich kaum mit der Spekulation über die angebliche Aufpasserrolle ARISTOWS in Einklang bringen.

"Die Freundschaft zwischen unseren Völkern", so sagte ARISTOW, "basiert auf den großen Richtlinien des Marxismus-Leninismus, auf der
+ Gleichberechtigung und gegenseitigen Achtung der Souveränität und auf
+ der Nichteinmischung in die internen Angelegenheiten der anderen
+ Seite.

Das brüderliche polnische Volk" - fuhr ARISTOW fort, "kann auf die Sowjetunion als auf einen treuen undzuverlässigen Verbündeten im Kampf um die ... Unantastbarkeit der polnischen Grenze an der Oder-Neisse... zählen."

In seiner Erwiderung knüpfte ZAWADZKI an diese Stellen der ARISTOW-Rede an und entwickelte ähnliche Gedanken.

2) GOMULKA-Vertreter vor den albanischen Kommunisten

Eine Zwei-Mann-Delegation schickte der polnische Parteichef zum Kongreß der Kommunistischen Partei Albanien: Roman NOWAK, der augenblicklich den nicht sonderlich einflußreichen Posten des Vorsitzenden der Revisionskommission innehat und Jozef CZESAK, den Sekretär der Auslandsabteilung beim ZK. Roman NOWAK brachte es in seiner Karriere bis zum Politbüromitglied. Allerdings gehörte er diesem höchsten Gremium der Partei nur ganze drei Monate an: Zwischen Juli und Oktober 1956. Der Umschwung und der Machtantritt GOMULKAs verursachte eine Umgruppierung im Politbüro, aus dem viele Stalinisten und auch Roman NOWAK verschwanden. Er zählte allerdings nicht zu den Feinden des Umschwungs, und GOMULKA betonte ausdrücklich, daß er den "Genossen Nowak hoch schätzt". Trotzdem nahm er ihn in das neue Politbüro nicht auf. Es hatte sich herausgestellt, so hieß es unter höheren Funktionären, daß Roman Nowak nicht das "nötige Format" für dieses hohe Gremium besitze.

Jozef CZESAK ist eine völlig unbedeutende Figur und befaßt sich als Sekretär der Auslandsabteilung nur mit organisatorischen Fragen.

Es war allerdings nicht notwendig, prominente Leute nach Tirana zu schicken, damit sie dort die Meinung der PZPR-Führung verlesen. Viel wichtiger als die Person des Abgesandten war der Inhalt des Schreibens, das ihm von GOMULKA auf den Weg gegeben wurde. Was darin stand, mußte die albanischen Parteifunktionäre ziemlich verstimmen, weil es genau auf der sowjetischen Linie lag, gegen die Albanien im Gefolge Chinas opponierte.

"Die wichtigste Aufgabe unserer Parteien ist der Kampf um die Verhinderung der Katastrophe eines Atomkrieges... Heute ist dabei der Weltkrieg, der die Existenz ganzer Völker und Staaten gefährden würde, nicht mehr unvermeidlich. Die gemeinsamen Anstrengungen der sozialistischen Staaten können dem Imperialismus die friedliche Koexistenz aufzwingen. Der Kampf zwischen dem Sozialismus und Kapitalismus, zwischen der Zukunft und Vergangenheit, kann und soll nicht auf dem kriegerischen Wege, sondern in friedlichem Wettbewerb ausgefochten werden... Die leninistische Politik der friedlichen Koexistenz mit allen Ländern unabhängig von ihrem gesellschaftlichen System, konsequent geführt durch die Sowjetunion, durch Polen und alle brüderlichen sozialistischen Länder, brachte unserer Sache große Erfolge. Sie verstärkte die Autorität und den Einfluß der sozialistischen Welt und schwächte die Positionen des Imperialismus, sie enthüllte die Verlogenheit der

reaktionären Propaganda über die sogen. kommunistische Aggression und brachte uns Sympathien der eben befreiten Völker der neutralen Staaten. Immer allgemeiner wird unter den Völkern der Erde das Bewußtsein, daß der Sozialismus den Völkern die Erlösung vom Grauen des Krieges bringt, daß Sozialismus Frieden bedeutet.

- + Deswegen kann alles, was die Politik der friedlichen Koexistenz unter-
- + miniert, was den Glauben an ihre Realität unterhöhlt, deswegen kann
- + Verharren auf überholten Thesen, wie der Unvermeidbarkeit der Kriege,
- + der Sache des Sozialismus und des Friedens schaden.

Wie während der Moskauer Beratungen immer wieder betont wurde, ist es die Pflicht jeder Partei, die den Prinzipien des Marxismus-Leninismus treu bleiben will, die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung entschlossen zu verteidigen und alles von sich zu weisen, was diese Einheit gefährden könnte.

- Die kommunistische Weltbewegung, befreit von den Fehlern und Entgleisungen des Personenkults, entwickelt schöpferisch die Ideen des Marxismus-Leninismus und erreichte eine neue Etappe ihrer Entwicklung, in der neue große Erfolge errungen wurden... Eine marxistisch-leninistische Partei, die vorwärts schreiten will... darf die historische Bedeutung der Ideen des XX. Parteitages nicht negieren. Wenn man das
- + nicht begreift, verliert man den Wirklichkeitssinn, bleibt hinten und
 - + verliert den Kontakt mit der vorwärtsschreitenden Weltarmee der
 - + Kommunisten.

Während der kommunistischen Beratungen unterstrich man die Notwendigkeit eines Kampfes mit dem Revisionismus, der eine Hauptgefahr bleibt und mit dem Dogmatismus und dem Sektierertum, welche, nicht konsequent bekämpft, auf einer bestimmten Entwicklungsstufe in einzelnen Parteien zu einer Hauptgefahr werden können."

II. Wirtschaft

1) Wirtschaftliche Ergebnisse des Jahres 1960

Die gesamte polnische Presse veröffentlichte ein Kommuniqué des statistischen Hauptamtes über die Erfüllung des Wirtschaftsplanes für das Jahr 1960. Aus diesem Kommuniqué entnehmen wir folgende Angaben:

Industrie

Die Produktion der Industrie wuchs im Vergleich zum Vorjahre um 10,9 %. In einigen Branchen war dieses Wachstum schneller (so z.B. Maschinenindustrie - 16 %, elektrotechnische Industrie - 23 %, Transportmittelerzeugung - 20 %, chemische Industrie - 20 %), in anderen bedeutend langsamer (Textilindustrie - 5 %, Bekleidungsindustrie - 3,5 %, Schuhindustrie - 2 %).

In einzelnen Branchen erzielte man folgende Produktionsmengen:

<u>Name der Ware</u>	<u>Masseneinheit</u>	<u>produziert</u>	<u>1959 = 100</u>
Elektroenergie	Milliarden kWh	29,3	111,0
Steinkohle	Millionen to	104,5	105,4
Braunkohle	"	9,3	109,7
Koks	"	12,0	103,4
Roheisen	"	4,6	104,3
Rohstahl	"	6,7	108,5
Walzerzeugnisse	"	4,4	109,1
Zink	Tausend to	175,5	104,4
Werkzeugmaschinen	Tausend Stck	21,9	105,3
Elektromotoren	"	1058,3	124,5
Traktoren	Stück	7675	252,2
PKW	"	12856	90,5
LKW	"	19518	128,2
Hochseeschiffe	Tausend DWT	254,3	136,0
Motorräder	Tausend Stück	150,4	127,7
Fahrräder	"	496,1	125,5
Radioempfänger	"	627,1	83,7
Fernsehempfänger	"	171,3	146,1
Schwefelsäure (100%)	Tausend to	685	112,2
Ätznatron	"	172,5	108,8
kalzinierter Soda	"	528,5	115,8
Stickstoffdünger	"	270,2	105,7
Phosphordünger	"	207,0	119,1
Zement	"	659,2	124,1

Papier	Tausend to	503,7	110,3
Baumwollstoffe	Millionen Meter	665,6	104,4
Wollstoffe	" "	78,7	98,0
Lederschuhe	Millionen Paar	38,8	103,4
Zucker	Millionen to	1,38	154,1

Die Beschäftigung in der Industrie blieb ungefähr auf dem Niveau des Vorjahres. Die Produktionssteigerung ist also hauptsächlich auf die Erhöhung der Arbeitsproduktivität zurückzuführen. Man produzierte auch etwas rationeller, der Verbrauch der Rohstoffe und Materialien ging zurück.

Landwirtschaft

Die globale Produktion der Landwirtschaft erhöhte sich um 5,4 % im Vergleich zum Vorjahre und war um 1,8 % höher als ursprünglich eingeplant. Diesmal geht die Erhöhung der Produktion hauptsächlich auf die "Pflanzliche Produktion" die um 8,8 % wuchs während die sogen. "Tierische Produktion" nur um 0,7 % wuchs. In früheren Jahren waren die Proportionen grade umgekehrt. Die Steigerung der Hektarerträge war nach einem von Wetterkatastrophen heimgesuchten Jahr eine Überraschung. In Fachkreisen glaubt man, daß die forcierten Investitionen in der Landwirtschaft sich schon jetzt auf diese Weise auszahlen, daß die Landwirtschaft heute weniger von Wetterschwankungen abhängig ist, als es primitivere Landwirtschaftsbetriebe wären.

Die Gesamternte der vier wichtigsten Getreidesorten betrug 14,3 Millionen to, die durchschnittlichen Hektarerträge - 16,1 dz, also um 2,5 % mehr als im Vorjahre. Es war ein Rekordjahr für Zuckerrüben, die Ernte betrug 10,2 Millionen to. Die Hektarerträge betrugen 255 dz und waren damit um 60,4 % höher als die vor Jahresfrist. Es wurden 38,8 Millionen to Kartoffeln eingebracht. Auch hier lagen die Hektarerträge mit 131 dz um 2,3 % höher als 1959.

Die Zahl der Produktionsgenossenschaften (Kolchosen) ist seit Oktober 1956 ungefähr gleichbleibend. In früheren Jahren erschienen oft in der Presse Meldungen, daß neue Produktionsgenossenschaften gegründet worden seien. Ihre Gesamtzahl wurde aber trotzdem nicht höher. Daraus konnte jeder entnehmen, daß sich zahlreiche Kolchosen wieder auflösten. Zuletzt verzichtete man auf die Versuche, Propaganda mit Zahlen zu machen. Die Kolchosenfrage

wurde vorläufig auf Eis gelegt, jetzt richtet sich die ganze Aufmerksamkeit der Planer auf die landwirtschaftlichen Zirkel.

Die Hektarerträge in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften liegen natürlich höher als bei Einzelbauern und übersteigen das Durchschnittsniveau der gesamten Landwirtschaft. Bei den 4 Getreidesorten erzielte man durchschnittliche Erträge von 18,2 dz, das war um 5,2 % mehr als vor Jahresfrist. Bei Kartoffeln wuchsen diese Erträge um 15 % und bei Zuckerrüben sogar um 130 %.

Die Staatsfarmen haben die niedrigsten Erträge, sie produzieren auf einem Hektar nicht nur weniger als die Kolchosen, sondern auch weniger als die Einzelbauern. Die Zahlen werden daher im Kommuniqué nicht veröffentlicht. Man stellt nur fest, daß die Hektarerträge in Staatsfarmen sich im Vergleich zum Vorjahre erhöht haben. Bei den Zuckerrüben haben sie sich fast verdoppelt.

Die Staatsfarmen, die seit ihrer Gründung nach dem Kriege ständig mit Defizit arbeiten, haben in den letzten Jahren einige Fortschritte bei der Sanierung ihrer Wirtschaft erzielt. Diese Farmen konnten bisher nicht rationell arbeiten, weil man nichts in sie investieren wollte, und erst nach dem Oktober 1956 diese Politik änderte. Im vergangenen Jahre arbeitete fast die Hälfte der Staatsfarmen schon rentabel, in diesem Jahr soll das Gesamtergebnis ihrer Arbeit kein Defizit mehr aufweisen.

Über die Entwicklung der landwirtschaftlichen Zirkel schreibt man in den letzten Monaten nicht sehr viel. Im Kommuniqué gab man einige Zahlen an. Bis zum 30. September 1960 gab es 22.500 Zirkel (9 % mehr als im Vorjahre) mit 591.000 Mitgliedern (um 7 % mehr als vor Jahresfrist). Diese Zahlen spiegeln eine Tendenz wider, die man nicht als vorteilhaft bezeichnen kann. Die Mitgliederzahl wächst langsamer als die Zirkel, es werden neue Zirkel gegründet, die nur aus ganz wenigen Mitgliedern bestehen. Immerhin umfassen die Zirkel 16 % aller Bauernhöfe im Lande und arbeiten in 55 % der Dörfer.

Investitionen

Die Höhe der Investitionen betrug 90 Millionen Zloty was eine Zunahme um 6,5 % im Vergleich zu 1959 bedeutet.

Außenhandel

Im Warenaustausch mit dem Ausland erzielte man laut Kommuniqué folgende Quoten (in Millionen Devisenzloty: 4 Devisenzloty = 1 Dollar)

		<u>1959 = 100</u>
<u>AUSFUHR</u>	5302	115,3
Maschinen, Einrichtungen, Transportmittel	1485	123,1
Brennstoffe, Materialien u. Rohstoffe	2324	103,6
landw. Produkte und Lebensmittel	952	114,1
Gebrauchsartikel	541	182,4
<u>EINFUHR</u>	5978	105,3
Maschinen, Einrichtungen Transportmittel	1620	103,8
Brennstoffe, Materi alien und Rohstoffe	3079	111,7
landw. Produkte und Lebensmittel	956	99,4
Gebrauchsartikel	323	80,9

Die Struktur des polnischen Exportes unterliegt einer langsamen Umwandlung. Der Anteil der Brennstoffe und Rohstoffe sinkt, der Anteil von Maschinen usw. steigt. Dies ist ein normaler Vorgang in einem Staat, der sich schnell industrialisiert. Im Import beobachtet man eine parallele, umgekehrte Entwicklung: Man bezieht weniger Maschinen und mehr Rohstoffe, die man selbst verarbeiten kann.

Hauptartikel des polnischen Exportes bleibt indes immer noch Kohle (17,5 % Steinkohle im Jahre 1960). Die Quoten für die importierten Roh- und Brennstoffe sind deswegen so hoch, weil Polen so gut wie kein Eisenerz und Erdöl besitzt. Die Ausfuhr in die kommunistischen Länder wuchs um ca. 21 %, also schneller als beim Gesamtexport. Die größte Steigerung erfuhr der Export nach Jugoslawien (78%), Bulgarien (63%), Tschechoslowakei (40%) und die Sowjetunion (25 %).

Beschäftigung, Löhne

Nach der letzten Volkszählung vom 6. Dezember 1960 betrug die Bevölkerungszahl 29.731.000. Die Stadtbevölkerung machte 48 % der Gesamtzahl aus, während vor 10 Jahren nur 39 % Polen in der Stadt lebten.

Die Gesamtzahl der in der verstaatlichten Wirtschaft beschäftigten Personen betrug im Jahre 1960 7.027.000, davon rund 6,5 Millionen innerhalb der Landwirtschaft. Die Erhöhung der Beschäftigtenzahl im Vergleich zum Vorjahr war unwesentlich und betrug 0,7 %. Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild auf dem Gebiete der Beschäftigung und der Löhne:

Beschäftigung in Tausend	1959 = 100	durchschn. Bruttomonatslöhne in Zloty	1959 = 100
Insgesamt: 7027	100,7	1660	102,2
Industrie 2973	100,1	1820	102,1
Bauwesen 785	97,6	1925	101,0
Transport 637	100,5	1615	103,5
Handel 723	100,1	1374	102,1
Landwirtsch. 525	-	-	-

Detaillierte Zahlen für die verstaatlichte Landwirtschaft wurden nicht angegeben. Aus der Zusammenstellung geht lediglich hervor, daß die Zahl der Beschäftigten dort am stärksten wuchs. Das Niveau der Bruttolöhne blieb im ganzen unverändert. Wenn man die Erhöhung der Lebenskosten berücksichtigt, ergibt sich, daß die Reallöhne niedriger als im Vorjahre waren. Darüber steht allerdings in dem Bericht kein Wort.

2) Erfüllung des abgeschlossenen Fünfjahresplanes

Gleichzeitig mit dem Bericht über die Ergebnisse des Jahres 1960 veröffentlichte das statistische Hauptamt vorläufige Angaben über die Erfüllung der Planziele des abgeschlossenen Fünfjahresplanes 1956-60. Im einzelnen ergibt sich aus den publizierten Zahlen folgendes Bild:

Industrie

für die vergangene Planperiode wurde eine Steigerung der industriellen Produktion um 49,1 % eingeplant. In Wirklichkeit betrug die Steigerung 58,8 %. Der Plan wurde also mit 106,7 % übererfüllt. Die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate betrug 9,8 %.

Im Vergleich zum Ausgangspunkt des Planes, zum Jahre 1955 erhöhte sich in einzelnen Branchen die Produktion folgendermassen:

Energiewirtschaft	80 %
Brennstoffe	16 %
Eisenverhüttung	49 %
Buntmetalle	32 %
Maschinenindustrie	111 %
chemische Industrie	112 %
Baumittelindustrie	59 %
Textilindustrie	50 %
Bekleidungsindustrie	50 %
Lebensmittelindustrie	32 %

Im Vergleich zu 1955 erhöhte sich im Jahre 1960 die Produktion einzelner wichtiger Artikel folgendermassen:

elektrische Energie	um	11,5 Milliarden kWh	=	65 %
Steinkohle	um	9,96 Mio. to	=	11 %
Koks	um	1,9 " to	=	19 %
Rohstahl	um	2,255 " "	=	51 %
Walzerzeugnisse	um	1,5 " "	=	52 %
Werkzeugmaschinen	um	9,2 Tausend Stück	=	72 %
L K W	um	0,1 "	=	87 %
Hochseeschiffe	um	151 " DWT	=	146 %
Schwefelsäure	um	235 " to	=	52 %
kalzinierte Soda	um	380 "	=	141 %
Stickstoffdünger	um	116 "	=	75 %
Zement	um	2779 "	=	73 %
Motorräder	um	120 " Stück	=	400 %
Radioempfänger	um	166 "	=	36 %
Baumwollstoffe	um	104,3 Mio Meter	=	19 %
Lederschuhe	um	14,3 Mio Paar	=	58 %

Beschäftigung

in der staatlichen Industrie betrug die Steigerung der Beschäftigtenzahl jährlich im Durchschnitt 282.000 (1955 - 2.690.000, 1960 - 2.973.000) Das bedeutet eine Zunahme um 10,5 %

Landwirtschaft

Die Landwirtschaft blieb in den letzten 5 Jahren unter dem Plansoll. Eingepplant war eine Produktionssteigerung um 23,7 % - erzielt wurde eine Erhöhung der Produktion um 20,2 %.

Wohnungsbau

1.781.000 Wohnräume wurden in den vergangenen 5 Jahren fertiggestellt. Davon 1.203.000 in den Städten. Das Plansoll für den städtischen Wohnungsbau betrug 1.200.000 Wohnräume, so daß die Erfüllung ~~knapp~~ übertreffen konnte. In der gleichen Zeit erhöhte sich aber die Zahl der Stadtbevölkerung um ca. 2 Millionen.

Außenhandel

Sowohl die Ausfuhr als auch Einfuhr erhöhten sich während der letzten 5 Jahre um ca. 48 %. Die Struktur des Exportes unterlag einer dauernden Veränderung. So betrug der Anteil des Maschinenexportes an der gesamten Ausfuhr im Jahre 1955 - 13,1 %, 1960 - 28 %. Die Einfuhr von Maschinen und Einrichtungen verminderte sich unwesentlich von 31 % auf 27 %.

Nationaleinkommen

Das Wachstum des Nationaleinkommens konnte nicht voll in eingeplanten Höhen erzielt werden (40 % gegenüber 46 %).

Löhne

Als Folge der nach dem Oktober 1956 vorgenommenen Regulierung der Löhne erhöhten sich während der letzten 5 Jahre die Mindestlöhne von 360 auf 600 Zloty monatlich. Auch dieser heraufgesetzte Mindestbetrag reicht aber nicht aus, um einer einzelnen Person ein Existenzminimum zu gewährleisten. Laut Kommuniqué wuchsen die Reallöhne in der Staatswirtschaft um 29 %. Damit wurde das Planziel (30 %) fast erzielt. Allerdings erscheint es sehr fraglich, ob diesbezügliche Angaben des statistischen Hauptamtes die wirkliche Lage auf dem Gebiete der Löhne wiedergeben. Auch die Einkünfte der Landbevölkerung sollen nach den Berechnungen der Statistiken um 29 % gesteigert worden sein.

Renten

Auch eine Rentenreform wurde nach dem Oktober 1956 vorgenommen. Der Mindestsatz für eine Altersrente erhöhte sich von 160 auf 500 Zloty. Im Staatshaushalt 1955 betragen die Ausgaben für die Renten 3,1 Milliarden Zloty, im Jahre 1960 11,1 Milliarden.

Diese Position hat sich also um 260 % erhöht. Die Mindestrenten sind genau wie die Mindestlöhne vollständig unzureichend, doch muß man feststellen, daß erst unter GOMULKA mindestens der Versuch gemacht wurde, die unwürdigen Praktiken des stalinistischen Systems auf dem Gebiete der Löhne und Renten teilweise zu beseitigen.

3) Umriss des kommenden Fünfjahresplanes

Ein namhafter polnischer Volkswirtschaftler, Prof. Oskar LANGE, ZK-Mitglied und Sejmabgeordneter erstattete vor dem Parlament Bericht über den kommenden Wirtschaftsplan für die Jahre 1961-65. Während des neuen Fünfjahresplanes wird das Tempo der Produktionssteigerung ungefähr auf dem gleichen Niveau liegen, wie in den vergangenen fünf Jahren. Wie LANGE sagte, wird sich "das Nationaleinkommen im Verlaufe des Jahrfünfts um 40,6 % erhöhen, während sein Wachstum im vorangegangenen Jahrfünft 40 % betrug." Die industrielle Produktion soll um 52 % ansteigen, während das eingeplante Ansteigen im vorherigen Fünfjahresplan 49 % und in Wirklichkeit 59 % erreichte.

Die wirtschaftliche Entwicklungsdynamik - meinte LANGE - wird von der Höhe der Investitionen bestimmt. Diese sind für das bevorstehende Jahrfünft mit 624 Milliarden veranschlagt, was einer Steigerung um 53,2 % entspricht, wenn man die Zahlen der gesamten Investaufwendungen im vorangegangenen Jahrfünft zum Vergleich zieht. Für eine verstärkte Investitionstätigkeit gibt es einige Gründe. Einer ist die Bevölkerungszunahme, insbesondere in der Kategorie der arbeitssuchenden Jahrgänge. Der zweite Grund ist der Zustand der Produktionsbetriebe, vor allem in der Industrie.

Den größten Anteil an dem Investvorhaben hat die Industrie mit 40,1 %. Für die Landwirtschaft sind 14,6 % vorgesehen.

Während die Erhöhung der gesamten industriellen Produktion 52 % betragen soll, gestaltet sich die Entwicklungsdynamik in den einzelnen Industriebranchen verschieden. Die schnellste Entwicklung ist für die chemische Industrie vorgesehen. (104,6 % im Verlaufe des Jahrfünfts). Mehr als verdoppeln wird sich die elektrotechnische Industrie. Der Maschinen- und Metallkonstruktionsbau wird sich um 75,8 % steigern, die Produktion von Transportmitteln um 67 % und die der Baumittel um 62,8. Die Produktion der Leichtindustrie liegt unter dem Durchschnittsniveau. Die Textilerzeugung soll sich um 42,6 % erhöhen, die Bekleidungsindustrie wird um 35,7 %, die Schuhindustrie um 26,8 % und die Nahrungsmittelindustrie um 35 % mehr Waren ausstoßen.

Die Produktion der Landwirtschaft soll im Laufe des Jahres um 22 % ansteigen. Die durchschnittlichen Getreideerträge, die im Jahre 1960 bei 16 dz pro Hektar lagen, sollen sich auf 17,6 dz erhöhen. Bei den Kartoffeln soll eine Steigerung von 131 dz auf 155 dz, bei den Zuckerrüben von 209 auf 260 dz erzielt werden.

4) Einige Probleme des Aussenhandels

Wojciech TRAMPCZYNSKI, der polnische Außenhandelsminister, gewährte dem Vertreter der parteiamtlichen "Trybuna Ludu" ein Interview, in dem er sich zu einigen wichtigen Problemen des polnischen Außenhandels äußerte.

TRAMPCZYNSKI übernahm sein jetziges Ressort kurz nach dem Oktoberumschwung. Vorher war er Leiter des Finanzministeriums. Er gilt als einer der besten Kräfte des Kabinetts CYRANKIEWICZ. Interessant an seinem Personalfragebogen ist, daß er Sohn eines prominenten Politikers aus der Vorkriegszeit, ebenfalls Wojciech TRAMPCZYNSKI, ist, der in den Jahren 1910-18 preussischer Landtags- und in den Jahren 1912-18 Reichstagsabgeordneter war.

TRAMPCZYNSKI gehörte dem Klub der polnischen Parlamentarier in Berlin an und war mit polnischen Stimmen der Posener Bevölkerung gewählt worden. Nach dem I. Weltkrieg war Vater TRAMPCZYNSKI erster Präsident des polnischen Sejms und später Präsident des Senats. Er gehörte der rechts stehenden National-Demokratischen-Partei an, die in den früheren preussischen Provinzen Posen und Westpreussen ihre Hauptbastionen hatten.

Außenhandelsminister TRAMPCZYNSKIs Sorge ist, daß die polnische Außenhandelsbilanz ein Passivsaldo aufweist. Im Jahre 1959 überstieg die Importhöhe den Export um 1098 Millionen Zloty. Im Jahre 1960 gelang es, dieses Passivsaldo um 420 Millionen zu verringern. Damit wurden aber die Schwierigkeiten die Polen mit seinen Zahlungsbilanzen hat, nicht kleiner, weil sie hauptsächlich bei den Umsätzen mit jenen Ländern auftreten, mit denen der Handel auf der Grundlage freikonvertierbarer Devisen abgewickelt wird. Es handelt sich hier in erster Linie um westliche Länder, und der Minister sprach vom "hohen Verschuldungsgrad".

Die zweite Sorge des Ministers ist die Tatsache, daß • wie er es formuliert die Weltmarktpreise sich weiterhin in einer für Polen nicht allzu günstigen Richtung entwickeln. Um dieselben Deviseneinnahmen wie im Jahre 1959 zu erzielen, mußte Polen eine größere Warenmenge anbieten. Diese ungünstige Gestaltung der Import- und Exportpreise brachte Verluste in Höhe von mehreren Hundert Millionen Devisenzloty.

Die geografische Struktur der Außenhandelsumsätze zeigt, nach Angaben des Ministers "eine gewisse Erhöhung des Austausches mit den sozialistischen Ländern, insbesondere exportseitig." Verglichen mit den vorhergehenden Jahren erzielte Polens Außenhandels eine "recht beträchtliche Belebung" der Kontakte und des Handelsaustausches mit den wirtschaftlich schwach entwickelten Ländern Afrikas und Asiens.

Als er über den Handel mit den westlichen Staaten sprach, betonte TRAMPCZYNSKI besonders die Tatsache, daß der Warenaustausch mit Italien sich im vergangenen Jahre stark entwickelt hat.

Auch in diesem Jahre wird die Handelsbilanz Polens passiv sein, das Defizit wird sich sogar vergrößern. Die Umsätze des Außenhandels im Jahre 1961 sollen 12.256 Millionen Devisenzloty (über 3 Milliarden Dollar) betragen, davon entfallen auf Export 5714 Millionen und auf Import 6542 Millionen. Erst zu Ende des jetzigen angelaufenen Jahrfünfts wird Polen ein aktives Saldo im Außenhandel erzielen können.

III. Kulturelle und soziale Probleme

1) Westliche Wojewodschaften leiden an Intelligenzmangel

Schon oft wurde in der polnischen Presse mit Besorgnis darauf hingewiesen, daß die geografische Verteilung der Intelligenz im Lande sehr ungleichmäßig ist, und daß diese Tatsache bestimmte Gefahren in sich birgt.

Zwei sehr verschiedenartige Ursachen haben hier mitgewirkt, daß die Intelligenz sich an die großen Zentren festklammert und wenig Neigung zeigt, sich in der Provinz anzusiedeln. Zuerst war es die übertrieben zentralistische Politik der stalinistischen Zeit. In den ersten 10 Jahren nach dem Kriege strömte alles, was ein Hochschuldiplom besaß, nach Warschau oder in andere Großstädte. Die Provinz verwandelte sich langsam in eine kulturelle Wüste.

Auch die dezentralistischen Tendenzen, die nach dem Oktober 1956 zum Vorschein kamen, vermochten bis jetzt dieses Übel nicht zu beseitigen. Hier kam die zweite Ursache zutage, daß nämlich die jungen Menschen, die ein Hochschuldiplom erworben haben, um nichts in der Welt sich in einem kleinen Nest vergraben möchten. Junge Ärzte hungern lieber in Assistentenstellen einer Großstadt, als daß sie aufs Land gehen, wo sie gut verdienen könnten. Junge Ingenieure arbeiten lieber berufsentsfremdet in einer schlecht bezahlten Stellung in einem Warschauer Büro, als daß sie einen Posten in einer Fabrik übernehmen, die in der Provinz entstand. Diese Abneigung gegen die Provinz wird dadurch verstärkt, daß viele der Studenten aus den Großstädten stammen, und sich ein Leben in einem kleinen Ort gar nicht vorstellen können. Es muß auch zugegeben werden, daß die polnische Provinz selbst einem nicht besonders verwöhnten Menschen in kultureller oder gesellschaftlicher Hinsicht recht wenig zu bieten hat.

Es handelt sich bei dieser Abneigung um eine allgemeine Tendenz, die im ganzen Lande auftritt. Besonders betroffen scheinen jedoch von ihr die westlichen Wojewodschaften zu sein. Die einzigen Zentren, die für Menschen mit Hochschulbildung eine gewisse Anziehungskraft haben, sind dort die zwei Städte, Breslau und Danzig. Stettin gehört nicht dazu.

Die halbamtliche "Polytika" widmet dem Problem des Intelligenzmangels im westlichen Teil des Landes einen Artikel, aus dem man entnehmen kann, daß man eigentlich nicht recht weiß, wie man diesem Übel entgegenzutreten könnte. Es mangelt an Verwaltungsangestellten mit Hochschulbildung, es mangelt an Lehrern, Ärzten usw.

Die "Importierung" der fehlenden Kräfte aus anderen Teilen des Landes hat bis jetzt keine nennenswerten Ausmaße annehmen können. Außerdem fühlen sich die "Importierten" den "einheimischen" überlegen und werden überheblich, was ein Einleben unmöglich macht.

Die zweite Möglichkeit wäre die Fortbildung der Menschen, die schon an Ort und Stelle etwa als Verwaltungsangestellte arbeiten. Die Praxis des Fernstudiums hat aber erwiesen, daß nur wenige es schaffen, gleichzeitig zu arbeiten, zu studieren und außerhalb noch Examen zu machen. Die Belastung solcher Menschen, die oft für eine Familie zu sorgen haben, ist einfach zu groß. Die Ergebnisse bleiben darum recht bescheiden.

Als dritte Lösung empfiehlt sich die Ausbildung der Kader aus den jungen Bewohnern der westlichen Wojewodschaften. Diese jungen Menschen haben aber oft Schwierigkeiten in eine Hochschule der Westgebiete aufgenommen zu werden, weil es zu viele Kandidaten gibt, die aus Zentralpolen nach Breslau oder Danzig studieren kommen, um dann nach absolviertem Studium wieder nach Hause zurückzukehren und dort Arbeit zu suchen. Man überlegt sogar, ob man nicht durch spezielle Vorschriften das Studium der "fremden" Menschen erschweren und die "eigenen" bevorzugen soll. Die Lösung riecht aber sehr nach Partikularismus und würde in einem kommunistischen Staate recht sonderbar aussehen. Man weiß auch nicht sicher, ob die mit Mühe ausgebildeten "einheimischen" Studenten später nicht doch in die Welt ziehen. Außerdem wird sich ein eventueller Erfolg erst nach längerer Zeit zeigen können, aber die Provinz braucht ausgebildete Leute schon heute.

2) Schulen statt Denkmäler

Die Idee soll von dem inzwischen abgesetzten Minister für Schulwesen und ehemaligen Duzfreund GOMULKA, Wladyslaw BIENKOWSKI, stammen. Als man das Programm der umfangreichen Feierlichkeiten aufstellte, die zum 1000-jährigen Bestehen des polnischen Staates durchgeführt werden sollen, gab es natürlich auch Vorschläge, man müßte aus diesem Anlaß im ganzen Lande Millenium-Denkmäler aufstellen. "Für dieses Gold sollten wir lieber Schulen bauen" - meinte dazu BIENKOWSKI, und diese Idee wurde von GOMULKA akzeptiert. Sie entspricht dem Wesen des neuen Systems, das jeden Pomp ablehnt und einen gewissen Hang zum Spartanismus hat.

Schulen in vielen Dörfern und Städten sollen also die der Vergangenheit gewidmeten Denkmäler ersetzen, und, wie sich die Initiatoren wünschen,

"Denkmäler der Zukunft" werden. Es sollen insgesamt tausend solcher Schulen errichtet werden, von denen 136 schon in verschiedenen Gegenden Polens fertiggestellt sind. Weitere 292 sollen in diesem Jahr erbaut werden.

Das besondere an dieser Aktion liegt auch darin, daß diese Schulen aus den Opfern der Bevölkerung entstehen. Während der letzten zwei Jahre wurden von der Bevölkerung für den Schulbau 2,6 Milliarden Zloty in bar, in der Form des Arbeitseinsatzes oder in Materialien gestiftet. In den inzwischen fertiggestellten 136 Schulen, die über Tausend Klassenräume verfügen, lernen heute schon ca. 40.000 Kinder und Jugendliche Polens.